

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Bärbel Höhn, Undine Kurth
(Quedlinburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9065 –**

**Tropenwaldschutz braucht solide Finanzierung – Entwaldung vermeiden,
Klima- und Biodiversität schützen**

A. Problem

Durch die weltweite jährliche Waldzerstörung von 13 bis 15 Mio. Hektar werden Treibhausgase im Umfang der gesamten jährlichen US-Emissionen freigesetzt. Bei der Klimakonferenz in Bali wurde im Dezember 2007 vereinbart, positive Anreizstrukturen für den Waldschutz zu entwickeln. Waldschutz kann nur gelingen, wenn wesentlichen staatlichen und privaten Akteuren klar wird, dass es ökonomisch vernünftiger und lukrativer ist, den Wald zu erhalten, statt ihn abzuholzen. Regenwälder sind sehr viel mehr als simple CO₂-Speicher. Sie sind große Klimaanlage, die auch das Klima in den mittleren Breiten beeinflussen. Zuerst und vor allem sind sie jedoch Lebensräume für Mensch und Tier. Die Umweltdienstleistungen der Wälder werden bisher nicht entlohnt. Da Entwaldung nicht im sozialen Vakuum stattfindet, müssen neue Finanzierungsinstrumente indigene Völker und Kleinbauern für ihre unschätzbaren Dienste zum Schutz der Wälder belohnen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9065 abzulehnen.

Berlin, den 12. November 2008

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender und Berichterstatter

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Sascha Raabe, Dr. Karl Addicks, Hüseyin-Kenan Aydin und Thilo Hoppe

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9065** in seiner 160. Sitzung am 8. Mai 2008 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Ziel ist die Schaffung eines politischen Rahmens für einen effizienten Waldschutz, der Entwicklungs- und Schwellenländer, die ihren Wald schützen, finanziell für die entgangenen Einnahmen aus dem Raubbau am Wald entschädigt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 105. Sitzung am 12. November 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 92. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 12. November 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 12. November 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legt dar, 20 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen kämen aus der Zerstörung von Regenwäldern. Dort anzusetzen sei die preiswerteste Art von Klimaschutz. Kern des Antrags sei es, vor Beendigung der Laufzeit des Kyoto-Protokolls große Summen in den Klima- und in den Waldschutz zu investieren und Pilotprojekte mit dem Ziel durchzuführen, den Waldschutz in das Post-Kyoto-Abkommen einzubeziehen. Zeit-

gleich müsse daran gearbeitet werden, dass ab 2012 innovative Finanzierungsinstrumente zum Tragen kämen. Die großen globalen Herausforderungen der Anpassung an den Klimawandel könnten nicht nur aus den Kassen der Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden. Diese würden für die Erreichung der MDGs (MDG: Millennium Development Goals) benötigt. Wie etwa bei der Hungerbekämpfung sei man überwiegend weit davon entfernt, diese nur ansatzweise zu erreichen. Deshalb seien zusätzliche Gelder in jährlichen Summen in zweistelliger Milliardenhöhe für den Waldschutz notwendig. Vorbild könnte Norwegen sein, das sich verpflichtet habe, 500 Mio. Euro pro Jahr bis 2012 für den Waldschutz zur Verfügung zu stellen. Betrachte man die Summen, die im Rahmen der Finanzkrise kurzzeitig zur Verfügung gestellt werden konnten, müsse dies auch möglich sein. Hinsichtlich der Frage, wie vermiedene Entwaldung für Entwicklungsländer belohnt werden könne, sei man noch offen. Sowohl für die Fondslösung als auch für die Einbeziehung der vermiedenen Entwaldung in den Emissionshandel gebe es Pro- und Contraargumente. Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) habe Vorschläge unterbreitet, wie man beide Elemente miteinander verzahnen könne. Der Antrag solle deshalb auch dazu dienen, diese Diskussion weiter voranzutreiben. Mit vermiedener Entwaldung müsse ein zusätzlicher Effekt erreicht werden, er dürfe nicht die ehrgeizigen CO₂-Reduzierungsziele der Industrienationen unterminieren, die durch neue Technologie, Energieeffizienz und erneuerbare Energien erreicht werden sollen. Man dürfe sich auch nicht allein auf die Weltbankinitiative fokussieren. Diese sei zwar unterstützenswert, aber es sollten auch Erfahrungen aus dem PPG7-Programm und der Expertise von der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) und der KfW Bankengruppe mit genutzt werden.

Die **Fraktion der SPD** kritisiert, mit dem Hinweis auf die Finanzkrise würden zwei nicht miteinander vergleichbare Sachverhalte verglichen. Richtig sei, dass man vermiedene Entwaldung finanziell mit einem wirtschaftlichen Anreiz für die Menschen vor Ort fördern müsse. Auch die Anregung, die nationalen Kohlenstoffmärkte einzubeziehen, sei sinnvoll. Kritisch sehe sie die Forderungen zum Einsatz von überschüssigen Mitteln aus dem Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Positionen hinsichtlich der ODA-Quote (ODA: Official Development Assistance). Mindestens die Hälfte der Erlöse, die bei den CO₂-Versteigerungen eingenommen werden, müssten auf die ODA anrechnungsfähig sein. Denn sie hätten eindeutige armutsreduzierende Ziele. Die CO₂-Zertifikatsversteigerung sei das einzige realistische Mittel, die ODA-Quote bis 2015 zu erfüllen. Es sei zu verhindern, dass diese Mittel zusätzlich für Klimaschutz genommen werden. Die Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** ist der Ansicht, dass der Antrag viele Punkte enthalte, die die Entwicklungspolitiker gemeinsam wollten. Jedoch sei der Antrag, der vor über einem halben Jahr schon eingebracht wurde, mittlerweile überflüssig, da die Bundesregierung viele der damals aufgestellten Forderungen bereits umgesetzt bzw. mit den internationalen

Partnern verhandelt habe. Die wesentlichen Forderungen seien zudem schon in verschiedenen und verabschiedeten Anträgen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum internationalen Klimaschutz enthalten. Die Positionen zur ODA-Quote in diesem Zusammenhang könne sie ebenfalls nicht mittragen. Die Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, sie werde sich der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt klar, sie fordere nicht, dass die Maßnahmen nicht auf die ODA-Quote angerechnet werden sollen. Verlangt werde aber, dass für den Klimaschutz Gelder generiert werden müssten, die über das 0,7-Prozent-Ziel hinausgingen. Das hätten die Vereinten Nationen im Human Development Report von UNDP ebenso wie sämtliche Akteure, die die MDGs überwachten, gefordert. Der Vergleich mit den Rettungspaketen im Rahmen der Finanzkrise sei im Übrigen ein Zitat der Ministerin aus ihrer Rede auf dem Entwicklungsgipfel in Accra.

Berlin, den 12. November 2008

Dr. Christian Ruck
Berichtersteller

Dr. Sascha Raabe
Berichtersteller

Dr. Karl Addicks
Berichtersteller

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichtersteller

Thilo Hoppe
Berichtersteller